

Anti-Desinformations-Gesetz in der Türkei

www.internationalsos.de

Im Oktober 2022 wurde in der Türkei ein Medien- und Anti-Desinformations-Gesetz verabschiedet, durch welches Social-Media-Nutzer und Journalisten bei Verbreitung von Falschnachrichten oder teilweise falschen Nachrichten für bis zu drei Jahren Gefängnis verurteilt werden können. Bereits im Vorfeld des neu eingeführten Gesetzes kam es aufgrund des weit gefassten Terrorismusbegriffs zu willkürlichen Verhaftungen, Einreisesperren und Hinderungen an der Ausreise aus der Türkei. Insbesondere Personen mit engen Kontakten in die Türkei, speziell zur kurdischen Bevölkerung drohen daher die o.g. Maßnahmen, wenn sie sich öffentlich (vor allem in sozialen Medien) regierungskritisch äußern oder direkt den Präsidenten oder andere hochrangige Persönlichkeiten und staatliche Institutionen beleidigen oder verunglimpfen. Darüber hinaus betrifft dies Personen, welche sich in sozialen Medien hinsichtlich kurdischer Interessen äußern, bzw. die kurdische Arbeiterpartei (PKK) oder Gülen-Bewegung unterstützen. Dies kann durch Posts, Likes oder auch Teilen von Inhalten auf sozialen Medien passieren. Verdächtig machen sich außerdem Personen, die in der Türkei oder in Deutschland an Demonstrationen oder Petitionen teilnehmen, welche die kurdischen Interessen unterstützen. Im Vordergrund der anstehenden Wahl 2023 ist davon auszugehen, dass die Einführung des neuen Gesetzes zumindest die Option eines härteren Durchgreifens ermöglicht. Aufgrund der vagen Formulierung ist jedoch aktuell nicht absehbar, inwiefern sich die Intensität und die Quantität der Maßnahmen seitens der türkischen Behörden auswirken werden. Grundsätzlich ist im Hinblick auf Hindernisse im Zusammenhang mit Reisen erhöhte Vorsicht geboten. Im Wesentlichen betrifft dies deutsch-türkische, bzw. deutsch-kurdische Staatsangehörige. Bei einer Reise in die Türkei sollten dementsprechend zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.



Vom Putschversuch zum Anti-Terror-Gesetz

Putschversuch 2016

Am 15. Juli stürmten Panzer die Straßen Istanbuls, Soldaten drangen in die Zentrale der regierenden AKP ein und vom Boden und aus der Luft wurde das Parlamentsgebäude in Ankara angegriffen, während der Vorsitzende der Generalstabschefs von seinem Sicherheitspersonal gefangen genommen wurde. Als sich daraufhin die Nachricht von einem Putschversuch verbreitete, gingen Tausende auf die Straße, obwohl sie von Kräften angegriffen wurden, die den Putsch unterstützten. Loyale Soldaten und Polizeikräfte leisteten Widerstand. Mindestens 251 Menschen wurden getötet und mehr als 2.200 verletzt, jedoch wurde der Putschversuch innerhalb weniger Stunden niedergeschlagen. Die türkische Regierung beschuldigt Fethullah Gülen, einen türkischen Kleriker und Geschäftsmann, der seit 1999 im selbst gewählten Exil, den Vereinigten Staaten, lebt. Gülen, ein ehemaliger Verbündeter Erdogans, bestreitet jede Beteiligung an dem Putsch. Die türkische Regierung bezeichnet Gülens Netzwerk als *Fethullah Terrorist Organisation* (FETO). Während und nach den Ereignissen äußerten mehrere Politiker, Journalisten und Kritiker die Vermutung, dass die Regierung im Voraus von dem Staatsstreich wusste und ihn möglicherweise selbst gesteuert hat. Befürworter solcher Theorien weisen darauf hin, dass Erdogan von dem Putschversuch profitierte, indem er seine Popularität und die Unterstützung für seine Forderungen nach einer exekutiven Präsidentschaft steigerte.

Verfassungsreferendum 2017

Am 16. April 2017 stimmte die Türkei in einem Referendum einem umfassenden verfassungsändernden Gesetz zu, welches insbesondere die Befugnisse des Präsidenten erweiterte und anstelle des parlamentarischen Systems ein präsidentielles System vorsieht. Es erlaubt dem Präsidenten 12 von 15 Richtern des Verfassungsgerichts zu ernennen, den Staatshaushalt festzulegen und zu entscheiden, wer dem Nationalen Sicherheitsrat angehört. Die Opposition unterstellte Wahlbetrug und rief nach dem Ergebnis zu Protesten auf, welche jedoch folgenlos blieben.

Anti-Terror-Gesetz 2018

Aufgrund des o.g. Putschversuchs wurde zunächst der Ausnahmezustand verhängt und anschließend mehrmals verlängert. Im Zuge dessen kam es zur Verhaftung zahlreicher Journalisten sowie der Entlassung mehrerer Zehntausend Lehrer und Staatsbediensteter. Im Juli 2018 wurde der Ausnahmezustand schließlich aufgehoben, jedoch wurden durch ein neues Anti-Terror-Gesetz die Befugnisse der Behörden bei der Festnahme von Verdächtigen und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gestärkt.

Anti-Desinformations-Gesetz in der Türkei

www.internationalsos.de

Konflikt mit den Kurden

Die Türkei befindet sich in einem langanhaltenden Konflikt mit ihrer kurdischen Minderheit, der sich in den letzten vier Jahrzehnten in Form eines Konflikts zwischen der türkischen Regierung und der *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) manifestiert hat.

Im Januar 2013 wurde ein Waffenstillstand zwischen der türkischen Regierung und der *Union der Gemeinschaften Kurdistans* (KCK, einem Dachverband der PKK und anderer verbündeter kurdischer bewaffneter Gruppen im Iran, Irak und Syrien) erklärt. Während des Friedensprozesses kam es jedoch immer wieder zu sporadischen Vorfällen gewaltsamer Zusammenstöße, während der andauernde Bürgerkrieg im Nachbarland Syrien als Katalysator für ein Wiederaufflammen der Feindseligkeiten wirkte.

Nach einem Selbstmordattentat im Juli 2015 auf ein kurdisches Kulturzentrum in Suruc (Sanliurfa) kam es wieder zu Feindseligkeiten in größerem Umfang. Zu dem Anschlag bekannte sich die Extremistengruppe Islamischer Staat (IS), aber kurdische Aktivisten und Oppositionelle machten die Regierung für das Versäumnis verantwortlich. Die KCK erklärte daraufhin den Waffenstillstand für beendet, während die türkischen Sicherheitskräfte im August 2015 eine groß angelegte Anti-Terror-Operation gegen die PKK in den Provinzen Diyarbakir, Hakkari, Sirnak und Mardin starteten.

Der Konflikt beschränkt sich in erster Linie auf ländliche und bergige Gebiete in den Provinzen Diyarbakir, Hakkari und Sirnak, die wir mit einem HOHEN Sicherheitsrisiko bewerten, aber es kam auch schon zu Zusammenstößen in einigen städtischen Zentren. Die PKK hat sich auch zu Anschlägen in größeren Städten, darunter Ankara und Istanbul, bekannt. Seit 2016 führt die PKK einen Guerillakrieg niedrigrschwelliger Intensität und ihre geschwächte Position in der Türkei hat die Gruppe dazu veranlasst, ihre Präsenz in den Nachbarländern auszuweiten.

Bei einem Anschlag im Bezirk Beyoglu in Istanbul kam es am 13. November dieses Jahres zu einer Explosion, bei der mindestens sechs Personen getötet wurden. Die Behörden beschuldigen die kurdische Arbeiterpartei PKK und nahm innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Verdächtige fest.

Die Türkei wird voraussichtlich im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juni 2023 ihr Vorgehen gegen die PKK im eigenen Land sowie in Syrien und im Irak verstärken. Der jüngste Vorfall zeigt zwar, dass die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung nicht narrensicher sind, jedoch haben die Sicherheitskräfte immer wieder bewiesen, dass sie in der Lage sind, solche Vorfälle zu verhindern. Dies hat dazu geführt, dass die Zahl der militanten Anschläge seit 2017 deutlich zurückgegangen ist.

Sicherheitshinweise

- Meiden Sie vorsichtshalber alle politischen Versammlungen, Demonstrationen oder Veranstaltungen und umfahren Sie diese.
- Verfolgen Sie die Entwicklungen vor Ort und informieren Sie sich bei Ihren Ansprechpartnern vor Ort über geplante oder laufende Demonstrationen.
- Seien Sie sich darüber im Klaren, dass Aktivitäten in sozialen Medien oder auch anderweitige Unterstützung (z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder Petitionen) kurdischer Interessen Sie zu einem potentiellen Verdachtsfall machen. Hierbei sollten Sie beachten, dass auch anonyme Posts zu einer Strafverfolgung führen können und darüber hinaus Posts von Familienmitgliedern ähnliche Folgen haben können. Seien Sie sich darüber bewusst, dass auch das Liken oder Teilen von Posts bereits Folgen haben kann.
- Melden Sie sich bei der [elektronischen Erfassung von Deutschen im Ausland](#) (ELEFAND) an und kontaktieren Sie die Botschaft, sollte es zu Komplikationen mit den Sicherheitsbehörden kommen. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu erwähnen, dass insbesondere bei doppelter Staatsangehörigkeit, die deutsche Auslandsvertretung nicht zwangsläufig vor Strafverfolgungsmaßnahmen schützen kann.
- Bei Kontrollen des Sicherheitspersonal bleiben Sie geduldig und zeigen Sie sich kooperativ.
- Verfolgen Sie unsere Türkei-Warmmeldungen für Updates.

Terrorismusgefahr in der Türkei

Der Vorfall am 13. November verdeutlicht das anhaltende Risiko militanter Anschläge in großen städtischen Zentren, auch in Orten, welche wir mit einem MITTLEREN Sicherheitsrisiko bewerten, wie Istanbul oder Ankara. In der Türkei operieren grenzüberschreitende und einheimische Militante, darunter kurdische, islamistische und ultralinke Organisationen. Die PKK-nahe Gruppe Kurdische Freiheitsfalken (TAK) hat sich bereits zu Anschlägen in städtischen Zentren bekannt, darunter zwei Selbstmordattentate auf Polizisten in Istanbul im Dezember 2016. Erst kürzlich, im September, bekannte sich die PKK zu einem Bombenanschlag auf eine Polizeistation in Mersin. Die TAK und die PKK richten sich in erster Linie gegen Personen und Einrichtungen, die mit der Regierung und den Sicherheitskräften in Verbindung stehen. Angriffe auf Zivilisten wie der vom 13. November werden eher mit der extremistischen Gruppe Islamischer Staat (IS) in Verbindung gebracht. Der IS hat sich zum letzten terroristischen Massenanschlag in der Türkei bekannt – einer Massenschießung am frühen Morgen des 1. Januar 2017 in einem beliebten Nachtclub im Istanbul Stadtteil Ortakoy

- Seien Sie besonders wachsam und halten Sie sich nicht längere Zeit in der Nähe bekannter Touristenorte auf. Meiden Sie an solchen Orten große Menschengruppen und besuchen Sie sie zu Tageszeiten, die nicht zu den Stoßzeiten gehören.
- Verbringen Sie möglichst wenig Zeit an Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs und der Infrastruktur.